

Die vergebene Chance der Schulautonomie?

Im Rahmen der Diskussionsreihe Bildungsreform 2016 findet am 23. Mai die dritte Veranstaltung statt. Podiumsteilnehmer sind neben Univ. Prof. Dr. Ilse Schrittmesser vom Institut für Bildungswissenschaft, der Parteivorsitzende der Neos Matthias Strolz, der Bildungssprecher der Grünen Dr. Harald Walser, der ÖVP Abgeordnete Asdin El Habbassi und Mag. Klemens Riegler-Picker vom Büro des Staatssekretärs Harald Mahrer. Univ. Prof. Dr. Stefan Hopmann sitzt im Publikum.

Wie **Hopmann** möchte auch **Schrittmesser** lieber von Standortautonomie sprechen, denn Schulautonomie treffe nicht den Kern der Sache. Es gelte den Standorten mehr Eigenverantwortung bei Personal, Budget und Curriculum zu übertragen. Die Hoffnung, dass durch die Autonomie das Lernen besser werde, könne aber nicht nachgewiesen werden. Das Autonomiepaket findet sie grundsätzlich gelungen, es käme auf die Umsetzung an und die flankierenden Maßnahmen an. Die Schulleitungen seien sehr unterschiedlich und müssten vorbereitet werden. Da an den Standorten viel Schulentwicklung erforderlich sei, müsste die Lehrerarbeitszeit neu geregelt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer müssten mehr Zeit an der Schule verbringen, dafür müsste eine Kernarbeitszeit festgelegt werden. Differenzierung werde sich ergeben, es dürfe aber nicht zu extremen Unterschieden zwischen den Schulen kommen. Gut sei, dass die Schulen Berichte über ihre Autonomiegestaltung vorlegen müssten, was auch eine Selbstreflexion bedinge.

Walser sieht das Autonomiepaket eher kritisch, vieles sei jetzt schon möglich, werde aber nicht ausgenützt. Sicher sei wichtig festzulegen, was Schülerinnen und Schüler am Ende der Schullaufbahn können sollen, es sei aber auch wichtig, mündige Menschen heranzubilden. Der demokratiepolitische Aspekt müsse im Vordergrund stehen.

Strolz meint Schulautonomie dürfe nicht Top-down verordnet werden. Die Lehrerteams müssten mehr Freiheit und Verantwortung bekommen. Durch mehr Autonomie werde der Wettbewerb gesteigert werden. Der Gefahr, dass zu große Unterschiede zwischen den einzelnen Standorten entstehen, müsse entgegen gewirkt werden. Er spricht sich für indexbasierte Finanzierung aus und für die soziale Durchmischung, die durch Anreizsysteme erreicht werden solle. Funktioniere das nicht, müssten Quoten festgelegt werden. Alle Privatschulen sollten wie in den Niederlanden öffentliches Geld erhalten, dafür aber kein Schulgeld verlangen dürfen.

El Habbassi wünscht sich, dass Schulen autonome Entscheidungen treffen können und nicht alles bürokratisch über Schulversuche laufen müsse. Bei Personalentscheidungen soll es ein Vetorecht geben. Mit der kompletten MitarbeiterEinstellung könnten Direktionen überfordert sein.

Riegler-Picker war in die Verhandlungen der Schulpakete eingebunden. Für die Umsetzung ist ein Zeitraum von zehn Jahren angesetzt. Jeder Bereich habe einen großen Interpretationsspielraum. Legistisch könne einiges zentral geregelt werden, im Vollzug könne es problematisch werden. Positiv sei, dass der Bund in Zukunft wisse, wie viel Geld die Länder im Schulbereich ausgeben. Er setzt große Hoffnungen in die neue Ministerin.

Schrittmesser bedauert, dass es zur Vorbereitung auf die Autonomie viele Einzelinitiativen gebe aber kein gemeinsames Vorgehen.

Walser fordert, dass die Schule völlig neu gedacht werden müsse. Die derzeitigen Stundenpläne seien für ein mündiges lustvolles Lernen hinderlich. Um die Qualität einer Schule festzustellen, solle man auch die Toiletten ansehen und mit Schulwarten und Reinigungspersonal sprechen. Die Niederlande könnten als Vorbild für eine Neugestaltung der Schulaufsicht dienen. Das derzeitige österreichische Inspektionssystem müsse ersatzlos gestrichen werden. Wenn es an Schulen größere Probleme gebe, müsse es auch zu Konsequenzen kommen.

Strolz sieht in dieser Regierungskoalition keine Chance auf eine positive Umsetzung der Bildungsreform. Die Regierung befinde sich in der Gefangenschaft der Sozialpartnerschaft, die Lehrgewerkschaft blockiere. Auch **Walsler** ist nicht optimistisch, Reformen müssten auch gegen die Gewerkschaft durchgesetzt werden. **Habbassi** bedauert den schlechten Ruf der Pädagogen in der Öffentlichkeit. **Strolz** kritisiert, dass das in der NMS für Teamteaching zusätzlich veranschlagte Geld nicht in die volle Autonomie der Schulen gegeben wurde weil das laut Aussagen der früheren Unterrichtsministerin an der Lehrgewerkschaft scheiterte. **Hopmann** entgegnet, dass die Gewerkschaft nicht für alles verantwortlich gemacht werden könne. Bei der Neuen Mittelschule wurden einige problematische Punkte auch von Seiten des Ministeriums in die Modellbeschreibung hinein reklamiert.

Aus dem **Publikum** meldet sich der **Teilnehmer** einer Bürgerinitiative für freie Schulen, der sich mehr Geld wünscht. Es solle kein Unterschied zwischen den einzelnen Schulträgern gemacht werden. Es solle ein Modell mit externer und interner Evaluierung entwickelt werden, aber gänzlich solle sich der Staat nicht zurückziehen. Das habe sich in Schweden nicht bewährt. Ein anderer **Teilnehmer** meint, dass die Lernfreude dort größer sei wo es keinen Notendruck gebe. Ein weiterer **Teilnehmer** kritisiert, dass die bereits vorhandenen Autonomiemöglichkeiten viel zu wenig genützt würden. Andererseits sei auch aufgrund der Verfassungslage zu viel Freiheit nicht möglich. **Univ. Prof. Dr. Wilfried Datler** sieht in der Lehrerfortbildung ein großes Problem, es fehle vor allem das Geld. Viele Spielräume würden nicht genützt, bestätigt auch er.

In der Abschlussrunde bedauert **Schrittesser**, dass die Lehrerschaft sich nicht selbst vertreten könne sondern auf die Gewerkschaft angewiesen sei. **Strolz** wiederholt, dass die Schulautonomie von der Basis her entwickelt werden müsse. Als besonders positives Beispiel nennt er die Expositur des BRG Klusemannstraße in Graz wo in einem alten Gebäude Großartiges geleistet werde. Heftig kritisiert er das Ausscheiden der Landeshauptleute von NÖ und Burgenland aus dem Team der Bildungsreformgruppe nur weil sie nicht alle Macht über die gesamte Lehrerschaft bekommen hätten. **Walsler** spricht sich für eine Eingliederung von Kleinschulen in größere Verbände aus, Südtirol sei hier ein gutes Beispiel. Die Lehrerausbildung an der PH sei ein Problem. Da wurde eine Zusammenarbeit zwischen PH und Universität nach dem Motto „schauen wir, was herauskommt“ verordnet. Als Skandal bezeichnet er, dass die akademische Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen nicht gelungen ist. Außerdem hätte die Lehrerausbildung der Sekundarstufe 1 und der Sekundarstufe 2 getrennt werden sollen. Für **Habbassi** sollte die Lehreraus- und -fortbildung einen höheren Stellenwert einnehmen. Er verweist auf eine Schule in Berlin, wo es keine zeitlich festgelegten Prüfungstermine gibt, und die Schülerinnen und Schüler sich dann zu einer Prüfung melden, wenn sie glauben genug gelernt zu haben. Laut **Riegler-Picker** sei bei der Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen ein kleiner Schritt gelungen. Leuchtturmprojekte in der Bildung sollten mehr Ressourcen bekommen. Die beiden Landeshauptleute hätten die Bildungsreformgruppe vor allem deshalb verlassen, weil man sich von dem entfernte, was auf Expertenebene bereits ausverhandelt war. Ob die Schulen in freier Trägerschaft mehr Geld erhalten werden, könne er derzeit nicht sagen. Das Autonomiepaket soll im Herbst beschlossen werden.

Dr. Christine Krawarik